Zeitschrift: Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Herausgeber: Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Band: 101 (2007)

Heft: 1

Rubrik: Wohlstand durch Gerechtigkeit : Fragezeichen oder Ausrufezeichen?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

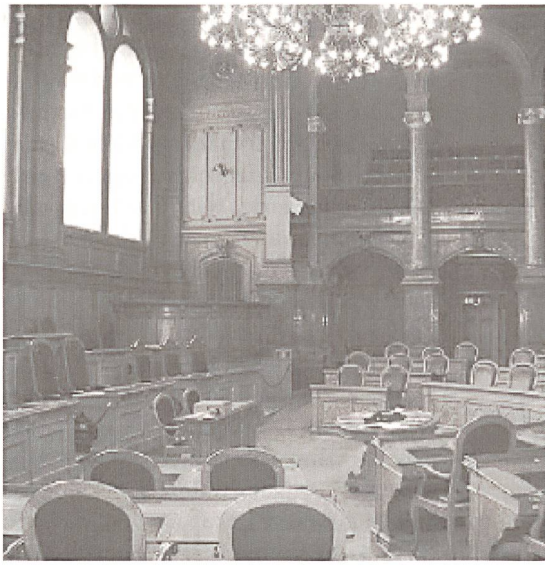
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

erhöht werden. Konkrete Beschlüsse fasste sie damals aber noch keine. Auch an ihrer Sitzung in der vorletzten Novemberwoche beschloss sie mit 12 zu 11 Stimmen, noch keine Beschlüsse zu fassen. Laut SGK-Präsident Pierre Triponez (FDP, Bern) geht das Geschäft nun wieder zurück an die zuständige Subkommission. Diese soll nebst den bekannten Varianten noch weitere, frisch eingebrachte Ideen prüfen und bis zur nächsten Kommissionssitzung am 25. Januar 2007 konkrete Anträge formulieren. Als eine der neuen Lösungsmöglichkeiten nannte Triponez den Vorschlag von Christine Egerszegi (FDP, Aargau), die Schulden des Sozialwerks durch eine degressive befristete Sonderfinanzierung zu tilgen. So könnten die Lohnbeiträge beispielsweise zunächst um 0,8 Prozent erhöht und dann schrittweise auf das heutige Niveau zurückgeführt werden.

Ständerat lehnt Soziallabel ab

Mit einer Motion hat SP-Nationalrätin Pascale Bruderer den Bundesrat aufgefordert, ein Qualitätslabel für behindertenfreundliche Betriebe einzuführen. Nach Ansicht von Bruderer, soll als Kriterium nicht nur die Anzahl Angestellter mit Behinderung gelten, sondern das Label soll generell Firmen auszeichnen, die eine behindertengerechte Philosophie im Arbeitsalltag umsetzen würden. Der Nationalrat hat die Motion gutgeheissen, die ständerätliche Kommission hat sie am 13. Dezember 2006 abgelehnt. Er bezweifelt die Wirksamkeit eines solchen Labels und zieht private Initiativen vor. Ausserdem werde die Eingliederung Behinderter mit der 5. IV-Revision gefördert, lautete der Grundtenor

[lk]



Wohlstand durch Gerechtigkeit: Fragezeichen oder Ausrufezeichen?

Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) führte in Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen für Soziale Arbeit Luzern (HSA) und für Wirtschaft Luzern (HSW) am Montag, 27. November 2006 eine hochaktuelle „Vorabendveranstaltung" durch.

Dr. Erwin Carigiet (links) und Prof. Dr. Michael Opielka (rechts)

Seit den 90er Jahren wachsen die Sozialausgaben unaufhörlich. Trotzdem bleiben immer mehr Menschen vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg ausgeschlossen.

Der Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP), Dr. Erwin Carigiet, freute sich sichtlich, dass er für diese Veranstaltung mit Prof. Dr. Michael Opielka, Professor für Sozialpolitik, einen äusserst versierten Kenner der europäischen Sozialpolitik als Gastreferent herzlich willkommen heissen konnte.

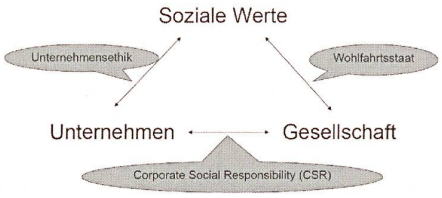
Erwin Carigiet meint in seiner Begrüssungsansprache: „Die soziale Frage stellt sich immer wieder neu. Einseitige Fokussierung der aktuellen Diskussion auf die demographische Veränderung wird den zukünftigen Entwicklungen nicht gerecht. Die Grundfragen der Wohlstandsentwicklung und der Wohlstandssteuerung stehen im Zentrum. Wer bekommt was, wie und warum? Und vor allem auf welche Weise wird es finanziert? Die historischen Entwicklungslinien zeigen, dass sich unser Staat von der Massenarmut des 19. Jahrhunderts zur Arbeitersolidarität und der Schaffung von Sozialversicherungen gewandelt hat. Wie aber funktioniert die soziale Sicherheit, wenn die Vollbeschäftigung nicht mehr existiert, wenn sich die Lebensbiografien der Bevölkerung verändern und die Grundannahme des vorsorgefähigen Menschen nicht mehr gewährt ist? Wie sehen die aktuellen und zukünftigen Entwicklungslinien aus? Es ist deshalb Zeit, dass neue Modelle andiskutiert und enttabuisiert werden wie beispielsweise die negative Besteuerung bzw. die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dies vor dem Hintergrund des Verlusts der Vorstellung von Vollbeschäftigung. Denn dies ist eine Utopie."

Michael Opielka, ein profunder Kenner der europäischen Sozialpolitik, gibt Antworten auf die sich dadurch neu stellenden Fragen zur sozialen Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit. Aus Opielkas Sicht ist die Leistungskraft und Modellhaftigkeit des Schweizer Sozialstaats bemerkenswert. Er führt aus: „In zahlreichen aktuellen Diskussionen werden aber auch in der Schweiz angeblich ökonomisch notwendige Abbauszenarien herbeigeredet. Inwieweit wird der Sozialstaat wirklich durch die Europäisierung und Globalisierung beeinflusst? Hat die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied Vor- oder Nachteile zu gewärtigen? Wie globalisierungsresistent kann ein Sozialstaat überhaupt sein? Führen die bewährten Wege in die Sackgasse? Welches sind die neuen Lösungen?"

Prof. Opielka meint weiter: „In meinem heutigen Referat möchte ich das Thema „Wohlstand durch Gerechtigkeit - Fragezeichen oder Ausrufezeichen?“ unter den vier Aspekten „Soziale Werte“, „Spannung“, „Überspannung“ und „Dynamisierung“ beleuchten und darstellen. Macht definiert sich heute nicht über „militärische Macht“, sondern vielmehr über „wirtschaftliche Macht“. Globalisierung und Wirtschaftswachstum über alles. Es ist bemerkenswert, dass das Nicht-EU-Mitglied-Land Schweiz, mit seinen Konkordanzbeziehungen im globalisierten Wettbewerb mühelos Schritt halten kann. Hat die Schweiz als Wohlfahrtsstaat etwas Besonderes zu bieten? Welches sind die Merkmale des Schweizerischen Wohlfahrtsregimes und welches sind die Merkmale bzw. die Unterschiede zu anderen Ländern und deren Wohlfahrtregimes?“

Soziale Werte: Unternehmensethik

Prof. Opielka gibt zu bedenken: „Nicht in jedem Land bzw. in jeder nationalen Gesellschaft haben „Soziale Werte“ wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, aber auch Effizienz, Pünktlichkeit, Grosszügigkeit, Fröhlichkeit, Stil etc. den gleichen Stellenwert. Die unterschiedlichen sozialen Wertvorstellungen in einer Gesellschaft bzw. in den Unternehmungen haben Einfluss auf den Wohlfahrtsstaat bzw. auf die Unternehmensethik sowie auf die Corporate Social Responsibility (CSR). Aufgrund empirischer Untersuchungen in zahlreichen Projektteams in Unternehmungen können 30 als besonders wichtig definierte Werte, welche bevorzugt bzw. abgelehnt werden, klassifiziert (Renditedifferenz) bzw. als rentable und unrentable Werte dargestellt werden. Genau diese Werte haben bedeutenden Einfluss auf die Unternehmensethik.“



Prof. Dr. Michael Opielka ist der Überzeugung, dass zum Aufbau einer globalen Unternehmenskultur folgende sieben Empfehlungen innerbetrieblich umgesetzt werden müssen:

- **Dialog ermöglichen**
- **Präzise formulieren**
- **Vorbildlich handeln**
- **Sprache beherrschen**
- **Rolle akzeptieren**
- **Karriere ermöglichen**
- **Kontrolle ausüben**

Spannung?

Welches sind die Spannungsfelder, mit denen die einzelnen Staaten mit ihren Wohlfahrtsregimen konfrontiert sind? Prof. Opielka beleuchtet in seinem Referat vier zentrale Punkte.

1. Es entsteht ein globaler privater Markt für sozialpolitische Leistungen, der vor allem von den USA und Europa beherrscht wird. Dazu gehören Versicherungen, Klinikbetreiber, Bildungsanbieter und zunehmend soziale Dienstleistungsfirmen.
2. Wohlfahrtsstaaten treten in einen Wettbewerb untereinander an. Derzeit besteht hier vor allem die Gefahr, sich gegenseitig zu unterbieten.
3. Auf der sozialpolitischen Bildfläche treten neben den bisherigen, national begrenzten Akteuren - wie Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und ihren gemeinschaftlichen Verhandlungsstrukturen - neue Akteure auf und mischen sich in den Wohlfahrtsstaat ein: Weltwährungsfonds (IWF), Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO), UNO-Organisationen wie die ILO oder die WHO, aber auch NGO's wie attac und offene Netzwerke wie das Weltsozialforum in Porto Allegre.
4. Es entsteht ein globaler Diskurs über die beste Sozialpolitik. Ein Beispiel dafür ist der Kampf um die Ausrichtung der Rentensysteme in den postkommunistischen Ländern. Dabei stehen grundsätzliche ethische Fragen auf der Tagesordnung wie diejenige, ob sich Sozialpolitik eher an sozialen Grundrechten oder an einer Individualisierung von Verantwortung orientieren soll.

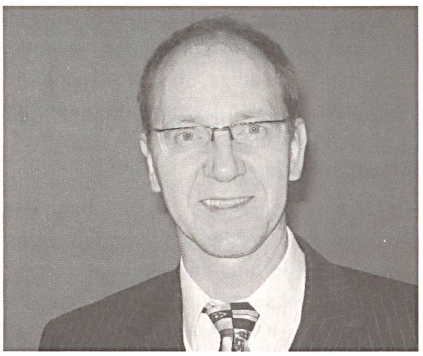
Prof. Opielka beschreibt, dass anhand der Deutungsmuster des Zusammenhanges von Globalisierung und Wohlfahrtsstaat bzw. der Wechselwirkungen zwischen Globalisierung und volkswirtschaftlicher Steuerungspolitik oder derjenigen zwischen Globalisierung und sozialpolitischer Umverteilung die vier vorherrschenden Wohlfahrtsregimes definiert werden können.

Wohlfahrtsregime	Deutungen der Globalisierung	Wechselwirkungen zwischen Globalisierung und makroökonomischer Steuerungspolitik	Wechselwirkungen zwischen Globalisierung und sozialpolitischer Umverteilung
garantistisch	Wohlfahrts-globalisierer ***Garantisten***	Geringe Wachstumsgewinne aus Liberalisierung der Kapitalmärkte. Unklare Wirkungen der Handels-Liberalisierung.	Steigerung von Einkommens-ungleichheit. Anforderung an ethische Globalisierung wächst. Demokratie als Gleichheitsmotor.
konservativ	Revisionisten ***Kommunitaristen***	Freiwillige Selbstbindung der Regierungen. Globalisierung als makroökonomische Steuerung.	Wohlfahrtsstaat an Problemen selbst schuld (negative Eigendynamik). Globalisierung erleichtert Reformen. Homogenisierung von Problem- und Interessenlagen.
sozialdemokratisch	Globalisierungs-skeptiker ***Etatisten***	Geldpolitik bleibt konjunkturwirksam. Expansive Finanzpolitik wird billiger.	Keine Schwächung der Einnahmen-Basis wegen Primat der Innenpolitik. Globalisierung senkt den Druck auf Wohlfahrtsstaat. Probleme sind binnenwirtschaftlich.
liberal	Globalisierungs-theoretiker ***Ökonomisten***	Verlust der „Zinssouveränität“. Marktdisziplin	Wohlfahrtsstaat auf Einnahmeseite Untergraben (Effizienzthese) Wohlfahrtsstaat auf Ausgabenseite Überfordert (Kompensationsthese)

	Kein Wohlfahrtsstaat	EU-Grund-modell (liberal)	Sozial-demokratisch	Sozialistisch	Nicht klassifizierbar
EU-15	**0,5**	**8,9**	**29,8**	**56,5**	**4,4**
Schweden	0,7	20,2	40,9	34,5	3,7
Großbritannien	0,2	15,1	32,5	46,7	5,6
Westdeutschland	0,8	13,7	46,8	34,0	4,7
Frankreich	1,9	8,5	23,9	56,0	9,7
Ostdeutschland	0	2,8	13,9	80,7	2,6
Beitritt I	**0,5**	**4,7**	**21,8**	**69,1**	**3,9**
Tschechien	2,2	12,1	24,2	54,8	6,8
Polen	0,4	3,1	17,2	76,7	2,6
Ungarn	0,1	5,1	30,8	61,0	2,9
Beitritt II					
Bulgarien	0	6,7	12,1	76,7	4,6

Quelle: Gerhards 2005, S. 190 (gekürzt)

Abbildung: Unterstützung unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatsmodelle durch die Bürger (in %)



Überspannung?

Prof. Opielka erklärt: „Die EU-BürgerInnen der einzelnen Länder haben im Hinblick auf den Wohlfahrtsstaat klare und vor allem ganz unterschiedliche Vorstellungen. Basierend auf empirisch erhobenem Datenmaterial über viele Jahre hinweg zeigt sich, dass die Bevölkerung ganz ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Vorstellungen hat, die ihnen wichtig sind und die sie unterstützen würden. Diese Vorstellungen lassen sich in drei unterschiedliche Wohlfahrtsstaatsmodelle darstellen:

„Grundmodell" (EU-Kommission, „liberal")
Wenn Befragte der staatlichen Verantwortung für mindestens zwei von drei Aufgaben zustimmen, die eine Einkommenssicherheit im Fall von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit messen, aber alle restlichen staatlichen Aufgaben ablehnen.

„Sozialdemokratisches Modell"
Wenn Befragte zusätzlich der staatlichen Verantwortung für mindestens eine der beiden Aufgaben „Abbau von Einkommensunterschieden" oder „Bereitstellung von Arbeitsstellen" zustimmen.

Sozialistisches Modell"
Wenn Befragte zusätzlich noch die gesetzliche Kontrolle von Löhnen und Gehältern befürworten."

Dynamisierung: Wohlfahrtsstaat

Welchen Globalisierungsgrad hat die Schweiz und welchen Rang nimmt sie im internationalen Vergleich ein? Prof. Opielka erläutert: „Die Schweiz ist sehr wohl globalisiert. Gemäss aktuellem Ranking belegt sie zurzeit hinter Singapur den 2. Gesamtrang." Dies veranschaulicht die folgende Tabelle.

Welchem Wohlfahrtsregime kann nun die Schweiz aufgrund ihrer globalisierten Ausrichtung und ihren sozialpolitischen Gütern und Grundlagen sowie vergleichbaren Perspektiven zugeordnet werden?

Der Schweizer Sozialstaat ist in den letzten Jahrzehnten stetig ausgebaut worden und gilt als Vorbote internationaler Entwicklung. Die Ausbauten erweisen sich als sehr resistent. Prof. Opielka vertritt die These: „Die Schweiz hat sich damit vom Weg des Liberalismus entfernt und denjenigen des „weichen Garantismus" eingeschlagen. Garantisums in der Sozialpolitik heisst zweierlei: Sozialpolitische Rechte und Pflichten knüpfen zum einen am Bürgersta-

Gesamtrang (in Klammern Im Vorjahr)	Land	wirtschaftlich	persönlich	technologisch	politisch
1 (1)	Singapur	1	3	12	29
2 (3)	Schweiz	9	1	7	23
3 (4)	USA	58	40	1	41
4 (2)	Irland	4	2	14	7
5 (7)	Dänemark	8	8	5	6
6 (6)	Kanada	23	7	2	10
7 (5)	Niederlande	21	11	6	5
8 (12)	Australien	18	36	3	27
9 (8)	Österreich	15	4	13	2
10 (10)	Schweden	19	12	9	9

Quelle: Globalisierungsindex der Unternehmungen A.T. Kearney und der Zeitschrift „Foreign Polica" in: Neue Zürcher Zeitung 14.11.2006, S. 9

Variable	Typen des Wohlfahrtsregime			
	Liberal *(Friedman)*	**Sozialdemokratisch** *(Beveridge)*	**Konservativ** *(Bismarck)*	**Garantistisch** *(Paine)*
Dekommodifizierung	schwach	stark	mittel (für „Familienernährer)	stark
Residualismus (Minimalsozialstaat)	stark	schwach	stark	schwach
Privatisierung	hoch	niedrig-mittel	niedrig-mittel	mittel
Korporatismus / Etatismus	schwach	mittel	stark	schwach
Umverteilung	schwach	stark	schwach	mittel
Vollbeschäftigungsgarantie	schwach	stark	mittel	mittel
Bedeutung von: • Markt • Staat • Familie / Gemeinschaft • Menschen- / Grundrechte	 zentral marginal marginal mittel-hoch	 marginal zentral marginal mittel	 marginal subsidiär zentral marginal	 mittel subsidiär mittel zentral
Dominante Form sozialstaatlicher Solidarität	individualistisch	lohnarbeitszentriert	kommunitaristisch-etatistisch	Bürgerstatus, universalistisch
Dominante Form der sozialstaatlichen Steuerung	Markt	Staat	Moral	Ethik
Empirische Beispiele	USA	Schweden	Deutschland, Italien	**Schweiz** („weicher Garantismus.“)

tus an, und nicht am Arbeitnehmerstatus, und sie führen zur Teilhabe an allen Funktionssystemen.“

„Es ist wichtig zu unterscheiden, dass wir von „weichem“ Garantismus im Wesentlichen und im Hinblick auf die Sozialpolitikfelder Alterssicherung und Gesundheit sprechen, während die Familien- und Arbeitsmarktpolitik einschliesslich der Armutspolitik noch stark dem liberalen Paradigma verhaftet scheint.“

Pragmatismus und soziale Werte

Als Schlussfolgerung ergibt sich somit: Eine grosse Stärke der Schweizer Sozialpolitik ist die Mischung aus Pragmatismus und sozialer Werteorientierung, die auch in Referenden zum Ausdruck kommt. Die liberale Grundorientierung des Arbeitsmarktes steht nicht in Frage. Vollbeschäftigung kann durch Strukturpolitik unterstützt, durch politische Interventionen aber nicht garantiert werden. Es wäre zu bedenken, ob die guten Erfahrungen mit der AHV übertragen werden könnten auf eine „Grundeinkommensversicherung“ nach dem gleichen Prinzip, die alle Einkommensleistungen des Sozialstaats zusammenfasst und allen vermittlungsbereiten Arbeitslosen, Personen in formalen Ausbildungen, Eltern mit kleinen Kindern, Erwerbsunfähigen und Langzeitkranken ein Grundeinkommen - und, wie in der AHV, maximal das Doppelte des Grundeinkommens - garantiert. Diejenigen Personen, die arbeitslos, aber nicht vermittlungsbereit sind, würden 50 Prozent des Grundeinkommens als rückzahlbares Darlehen erhalten. Ein solches Modell könnte für alle politischen Lager akzeptabel sein und damit auch bei einem Referendum mit Annahme rechnen.

[rr]

Definition Postkommunismus:

Mit dem Begriff Postkommunismus - nach dem Kommunismus - bezeichnet man die Zeit bzw. die Staaten nach dem so genannten Realsozialismus, die vor allem nach den Umwälzungen und friedlichen Revolutionen 1989 und nach der Auflösung der Sowjetunion deren Nachfolge angetreten haben. In diesen Ländern fanden und finden umfangreiche Prozesse der Demokratisierung statt.